

Vom Euro zur D-Mark?

Eine Umfrage des Instituts für Demoskopie Allensbach kommt jüngst zu dem Ergebnis, dass die Besorgnis der Bevölkerung über die wirtschaftliche Entwicklung in der Eurozone sprunghaft angestiegen ist – von 38% zu Beginn des Jahres 2011 auf jetzt 55%. Nur noch 17% vertrauen dem Euro. Fast die Hälfte der Bevölkerung glaubt, dass es den Euro in 10 Jahren nicht mehr geben wird.

Ist daher die Rückkehr zur D-Mark ein vielversprechender Ausweg? Zurzeit wünschen sich rd. 40% der Bürger die D-Mark zurück, bei den über 60jährigen gibt es eine eindeutige Mehrheit pro DM.

Wie könnte das Szenario einer Rückkehr zur nationalen Währung aussehen?

Gehen wir einmal davon aus, dass die Staats- und Regierungschefs der Mitgliedsländer der Euro-Zone zu dem Ergebnis kommen, dass alle aufgespannten Rettungsschirme nicht ausreichen, um den Euro zu retten. Sie beschließen, den Euro als gemeinsame Währung aufzugeben und zu den nationalen Währungen zurückzukehren (Ein alleiniger Austritt Deutschlands aus der Währungsunion würde einem Super-GAU gleichkommen mit unabsehbaren ökonomischen und politischen Folgen).

Der erste Schritt könnte darin bestehen, den nationalen Zentralbanken der Länder der Euro-Zone die Souveränität über die Geld- und Währungspolitik zurückzugeben. Die Europäische Zentralbank (EZB) würde schrittweise aufgelöst. Die nationalen Währungen würden zunächst im bargeldlosen Zahlungsverkehr wieder offizielle Währung. Danach kämen die nationalen Währungen als Bargeld in den Umlauf. Die Deutsche Bundesbank würde den Euro in D-Mark umtauschen. Als Umtauschrelation käme derjenige Kurs in Frage, der beim Wechsel von der D-Mark zum Euro gegolten hat. Danach müssten für eine bestimmte Zeit die Wechselkurse der Länder der Euro-Zone freigegeben werden, bis sie die makroökonomischen Fundamentaldaten der einzelnen Volkswirtschaften widerspiegeln. Anschließend könnte ein neues Europäisches Währungssystem (EWS) installiert werden, welches die Wechselkurse der beteiligten Länder innerhalb einer bestimmten Bandbreite festschreibt. Damit wäre den einzelnen Ländern das Instrument der Ab- bzw. Aufwertung zurückgegeben, dass sie bei einem fundamentalen Ungleichgewicht ihrer Zahlungsbilanz einsetzen könnten. Die Zentralbanken würden jedoch nicht nur ihre Souveränität in Währungsfragen, sondern auch in der nationalen Geldpolitik wieder zurückgewinnen. Je nach wirtschaftlicher Situation könnte die Bundesbank eine expansive oder kontraktive Geldpolitik betreiben.

Gilt jedoch der Satz „Wenn der Euro scheitert, scheitert auch Europa“? Nicht unbedingt. Eine einheitliche Wirtschaftsunion setzt nicht zwangsläufig eine einheitliche Währung voraus. Sie könnte genauso gut funktionieren mit einem System weitgehend fester Wechselkurse unter den Mitgliedstaaten. Auch eine spätere gemeinsame Währung wäre nicht ausgeschlossen. Voraussetzung dafür sollte allerdings sein, dass die gegenwärtig herrschende Asymmetrie zwischen Geld- und Fiskalpolitik aufgehoben wird. Eine einheitliche Geldpolitik mit nationalen Fiskalpolitiken kann auf die Dauer nicht funktionieren. Da hilft der beste Stabilitätspakt nicht, der die Haushaltsdisziplin der einzelnen Länder in einer Wirtschafts- und Währungsunion sichern soll.

Ist das beschriebene Szenario realistisch? Eher nicht. Denn die Einführung des Euro war von Beginn an kein Projekt der ökonomischen Effizienz, sondern eines um Fortschritte auf dem Weg zur politischen Union Europas zu machen. Deshalb wird die Politik alle Schritte unternehmen, um dieses Projekt nicht zu gefährden.

Bernd Ziegler



Dr. Bernd Ziegler
Mitglied des Redaktionsbeirats
„Der Betriebswirt“

Mobile Tagging

Dieser QR-Code erlaubt Ihnen, wenn Ihr Handy mit einem QR Code Reader ausgestattet ist, den einfachen Zugang zu dem nebenstehenden Dokument.

